

Medienmitteilung vom 10. Oktober 2014

Leistungsanalyse des Regierungsrats

Prämienerhöhung bis zu 3.3 % für die Hauseigentümer

Ende November debattiert der Grosse Rat über die befristete Mitfinanzierung von Hochwasserschutzprojekten durch die Aargauische Gebäudeversicherung. Aus dem Elementarschadenfonds sollen während zehn Jahren 30 Millionen Franken bereit gestellt werden.

Hochwasserschutz zulasten der Hauseigentümer

Hochwasserschutz ist eine öffentliche Aufgabe, die über allgemeine Steuereinnahmen zu finanzieren ist. Die vom Regierungsrat beantragte Entnahme von Geldern aus dem Elementarschadenfonds käme einer Zweckentfremdung gleich. Dies würde zu Prämienerhöhungen führen, die für Wohnungen und Büros 3.3 % und für Gewerbe, Industrie und Landwirtschaft 2.6 %, im Durchschnitt 3 %, betragen werden. Damit würden Prämienzahler eine öffentliche Aufgabe finanzieren. Da die Aargauische Gebäudeversicherung über ein Versicherungsmonopol verfügt, hätten die Prämienzahler keine Möglichkeit, auf dem Markt alternative Versicherungsleistungen zu beziehen und der rechtlich fragwürdigen Absicht des Regierungsrats einen Riegel zu schieben.

Verzicht auf finanzpolitischen Kunstgriff

Der Aargauische Gewerbeverband, die Aargauische Industrie- und Handelskammer, der Bauernverband Aargau und der Hauseigentümerverband Aargau lehnen das Ansinnen des Regierungsrats ab. Die vier Organisationen fordern die Mitglieder des Grossen Rats auf, Aufgaben von Staat und Verwaltung zu überprüfen, und nicht dafür Hand zu bieten,

dass mittels eines finanzpolitischen Kunstgriffs versucht wird, Löcher in der Staatskasse zu stopfen.

Aargauischer Gewerbeverband

Aargauische Industrie- und Handelskammer

Bauernverband Aargau

Hauseigentümerverband Aargau